

Die „Volksmacht“ erscheint wöchentlich 8 Bände und ist durch die Expedition, Neue Hauptstr. 1/1, und durch Kolportage zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen M. 2.50, frei ins Haus M. 3.00, bei jeder Post am Orte M. 3.34.

Volksmacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Interaktionsgebühr beträgt für die einbändige Monatshefte oder deren Raum 25 Pfennige, für die wöchentliche, dreimonatliche und vierteljährliche Ausgaben 15 Pfennige. Auswärtige Inserate 35 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 168.

Breslau, Freitag, den 21. Juli 1911

22. Jahrgang.

Rußland und China.

Einer der besten Kenner der russischen auswärtigen Politik, Genosse D o m o w, veröffentlicht in dem russischen Parteiblatt „P r a w d a“ einen Artikel über die Lage im fernem Osten, dem wir folgende Ausführungen entnehmen.

Vor etwa drei Monaten wurde ganz Europa durch die Meldung in Aufregung versetzt, daß Rußland am Vorabend eines Krieges mit China stehe: die russische Regierung habe China ein Ultimatum gestellt, und täglich könne man den Abmarsch von 30 000 Mann Truppen nach Peking erwarten. Wer, wie z. B. die Sibirier, nahe zum Orte der Handlung lebte, sah in den Kriegsgerüchten selbst nichts Neues. In Situst oder in Tschita mußte jeder die Tatsache sehen, daß in den letzten zwei, drei Jahren aus dem europäischen Rußland unaufhörlich Regimenter nach dem fernem Osten kamen, mit fieberhafter Schnelligkeit Kasernen und Baracken errichtet und von allen Seiten Proviant und andere Vorräte dorthin geschafft wurden. Es konnte dort, mit einem Wort, kein Geheimnis bleiben, daß eine Halbmillionsarmee in Ostasien konzentriert wurde. Andererseits sah man auch die Vorbereitungen Chinas, das fast sämtliche europäische geschulten Truppen an der Nordgrenze zusammengezogen hatte. Aus diesem Grunde halten die Sibirier — schon längst einen russisch-chinesischen Krieg als unvermeidlich. Indessen war wahrscheinlich auch für die Mehrzahl von ihnen der plötzlich aufgetauchte K u l d s c h a - K o n f l i k t eine Ueberraschung. Man hatte, wohl gewohnheitsmäßig, einen Krieg in der Mandschurei erwartet, und zwar auf dem Boden der äußerst scharfen Konkurrenz zwischen der russischen Kolonisation und der chinesischen, die weit intensiver und erfolgreicher ist als die erstere. Was aber der Vertrag vom Jahre 1881 bedeutete, wegen dessen angeblicher Verletzung die russische Regierung ein Ultimatum an China stellte, wußte kaum jemand mehr. Die Sache wurde noch komplizierter, als es sich herausstellte, daß nicht bloß Rußland an dieser Affäre beteiligt war: nicht minder unerwartet wie die Kriegsgerüchte und Gleichsam als ihre Bestätigung tauchte in den Zeitungen die Nachricht von einer T e i l u n g C h i n a s zwischen Rußland, England und Japan auf. Diese Nachricht wurde, unseres Wissens, offiziell nicht dementiert. Aber der frühzeitig veröffentlichte Plan bezog offenbar die russische Regierung, in Zukunft vorsichtiger vorzugehen. Sie begnügte sich damit, die Antwort Chinas auf ihr Ultimatum vorläufig als befriedigend anzusehen. Die Kriegsgerüchte verstummten. Aber eine gewisse Teilung des Reiches der Mitte“ bleibt dessen ungeachtet äußerst wahrscheinlich — und gerade das plötzlich auf der Szene erschienene K u l d s c h a tritt als Bindeglied auf zwischen dem drohenden Ausbruch eines Krieges im fernem Osten und den alten Okkupationen des russischen Asienismus noch unter Alexander dem Zweiten. Der Umstand, daß das russische Ultimatum K u l d s c h a betraf, bestätigt zugleich das ursprünglich als unglaubwürdig erscheinende Gerücht von einer „Kooperation“ der kaiserlichen Feinde in dem neuen Kampfe — einerseits Rußlands und andererseits Englands und Japans. Sie haben, wie es scheint, für die Teilung Chinas endlich eine solche Form gefunden, bei welcher die Gefahr ausgeschaltet ist, daß sie bereits im ersten Augenblick einander in die Haare geraten. Das weitere würde sich später ergeben.

Im Gedächtnis der heutigen Generation ist natürlich am lebendigsten die Erinnerung an die ostasiatische Politik Nikolaus des Blutigen, deren unvermeidlicher Ausgang der Zusammenbruch der russischen Armee in der Mandschurei war. Das war aber eine verhältnismäßig neue Wendung in der Geschichte der Plünderung Chinas, die von dem zarischen Rußland schon seit altersher betrieben wurde — mit geringerem Erfolg als von seinen der vorgeschrittenen Länder, aber nicht mit geringerem Eifer. Die neue Wendung in der ostasiatischen Politik drückte sich in dem Bestreben aus, die Häfen am Stillen Ozean zu okkupieren, und damit das Monopol auf die kürzeste Eisenbahndehnung zwischen Westeuropa und Ostasien in die Hand zu bekommen. Das veranlaßte den damaligen russischen Finanzminister Witte, mit dem Projekt der Ostchinesischen Bahn hervorzutreten, aber mit dem Bau dieser Bahn war die Okkupation von Port-Arthur und Dalni träumte davon, daß nun der ganze europäische Handel mit China über die russischen Bahnen gehen würde. Aber diese Träume zerfielen sich, als es sich herausstellte, daß der Transsibirier über Sibirien weit teurer, als der Seeweg war, der sich auch nach dem Bau der sibirischen und der ostchinesischen Bahn für die europäischen Waren als vorteilhafter erwies. Aber nicht genug damit, stellte es sich heraus, daß Rußland die Häfen am Stillen Ozean nicht zu halten vermochte, da es hierzu einer Kriegsstotte bedurfte, die es, ungeachtet aller Aufwendungen, nicht zu schaffen im Stande war. Die ganze Abenteuerliche Wirtes ließ sich nur solange aufrecht erhalten, als die Zustimmung der anderen Staaten gewonnen war.

die Hand in Hand mit Rußland in China auf Raub ausgingen. Es gelang der Zarenregierung, mit England und Deutschland Handelsvertrag zu werden, von denen das erstere nach der Bestätigung von Port-Arthur durch die Russen Wei-ha-wei okkupierte, während Deutschland, nach einer Vereinbarung mit Nikolaus dem Zweiten, von Kiautschau Besitz ergriff. Frankreich stand ohnedies als „Bundesgenosse“ auf Seiten Rußlands. Bloß die Japaner vermochte man nicht zu befriedigen; man wollte es auch nicht, da sie als zu schwach angesehen wurden. Das Resultat war — Mukden und Tschima! Die Zarenregierung sah sich nach diesen Schlägen gezwungen, solche Stellen zu meiden, wo andere Staaten offenkundig stärker waren, und ein solches Stück der chinesischen Beute für sich auszusuchen, wo sie keine Konkurrenz zu fürchten hatte. Hierbei tut Eile not, da China von Tag zu Tag wächst, der chinesische Kapitalismus ungeheure Fortschritte macht und parallel damit die Kriegsmacht Chinas zunimmt. Auch für China schwindet die Zeit, wo es für andere Staaten als Kolonie d. h. als Ausbeutungsobjekt für den fremden Kapitalismus dient. Das chinesische Kapital ist jetzt schon bereit, die Schicksale seines Landes in die eigenen Hände zu nehmen. Jetzt hofft wohl kaum jemand, das ganze chinesische Reich zu teilen; man kann bloß noch darauf spekulieren, ihm seine entfernteren und weniger entwickelten Provinzen zu entreißen. Was die europäischen Zeitungen über die Abmachungen zwischen England, Japan und Rußland mitteilten, entspricht vollkommen dieser veränderten Situation. Nach dieser Vereinbarung würde England Tibet erhalten, Japan — die südliche Mandschurei, und Rußland einen Teil Westchinas, möglicherweise aber dieses ganze Gebiet nebst der Mongolei.

Die Glaubwürdigkeit dieser Gerüchte betreffend Rußland wird noch durch folgende Umstände unterstützt. Ungeachtet der Entwicklung der russischen Baumwollproduktion in Turkestan, ist es den russischen Produzenten bisher dennoch nicht gelungen, die amerikanische Baumwolle zu verdrängen. Die Okkupation von Chinesisch-Turkestan, die die Anbaufläche der Baumwolle in Mittelasien verdoppeln würde, könnte zur Verwirklichung dieses Traumes sehr viel beitragen. Zudem gibt es hier nicht allein Baumwollfelder: hier finden sich die reichhaltigsten Steinkohlenlager, einige der reichsten Kupfererzlager der Welt, Naphthaquellen, die von selbst, ohne welche Hilfsmittel an die Oberfläche treten, und endlich sehr bedeutende Goldlager. Es muß nur noch hinzugefügt werden, daß das russische Kapital, dank den geographischen Bedingungen, hier eine Monopolstellung einnimmt. Rußland ist das dem chinesischen Turkestan am nächsten liegende kapitalistische Land; von dem eigentlichen China sind dessen westliche Provinzen in Wirklichkeit viel weiter entfernt, als von Rußisch-Turkestan. Die Bergseiten, die die Grenze zwischen den russischen und chinesischen Besitzungen bilden, besitzen eine Menge bequemer Übergänge, während sich zwischen Chinesisch-Turkestan und den Zentralgebieten Chinas die Wüste Gobi ausbreitet, ein 5000 Kilometer langer Landstreifen, ohne Wasser und Vegetation, der nur mit Mühe von Karawanen durchquert wird. Und der Hauptfeind des absolutistischen Rußlands, das freie, offene Meer, ist hier von keiner Seite sichtbar und zehntausende von Werst entfernt. Es ist als ob die Natur selbst dieses Gebiet für eine r u s s i s c h e Kolonie geschaffen hätte.

Die Versuche, Chinesisch-Turkestan in eine russische Kolonie zu verwandeln, sind nicht neu. Schon im Jahre 1871 besetzten die russischen Truppen das am nächsten liegende Kuldsha. Und obgleich sie es nach einigen Jahren räumen mußten, wurde den Chinesen die Verpflichtung auferlegt, Rußland dafür 9 Millionen Rubel zu zahlen. Dagegen wurde der russische Handel in Westchina — obgleich die russischen Handelsvorrechte formell bloß auf das 50 Werst breite Gebiet längs der Grenze beschränkt wurden — in Wirklichkeit vollkommen uneingeschränkt und tollfrei (hierbei können die russischen Händler nicht bloß mit russischen, sondern auch mit chinesischen Waren tollfrei handeln, d. h. sie haben in China größere Rechte, als die Chinesen selber). Darin bestand eben der „Petersburger Vertrag von 1881“, wegen dessen angeblicher Verletzung Rußland kürzlich ein Ultimatum an China stellte. In allen wichtigsten Städten Chinesisch-Turkestans erschienen russische Konsule, die die Interessen der russischen Händler wachsam beschützen mußten. Noch vor einigen Wochen, gleich nach dem Schluß der Duma-session, erachtete der Ministerrat es als „bringend notwendig“, auf Grund des berücksichtigten „Notgesetzes“ § 87 ein Konsulat in K o b o und ein Vizekonsulat in K i g u n zu errichten — ein Zeichen, welche eminent wichtigen politischen Aufgaben, namentlich nach der Zuspitzung der russisch-chinesischen Beziehungen, diesen Konsulaten auferlegt werden.

Indessen zeigt sich auch hier die ganze Schwäche des russischen Kapitalismus. China ist jetzt erwacht, und der russische Händler beginnt dieses an seinem Fell zu spüren. Die wichtigsten Handelsfirmen im Lande sind chinesische. Die Banken befinden sich ausschließlich in den Händen von Chinesen. Im Jahre 1908 betraf sich die russische Einfuhr nach China auf 23 Millionen Rubel, während die

chinesische Einfuhr nach Rußland die Höhe von 93 Millionen erreichte. Mit anderen Worten, China zieht aus dem Handel mit Rußland mehr Vorteile als dieses, in der Handelskonkurrenz zeigen sich die Chinesen den Russen überlegen. Es ist klar, daß zur Rettung der „heimischen Industrie“ nichts anderes übrig bleibt, als wiederum die russischen Truppen nach Kuldsha vorrücken zu lassen. Die gepanzerte Faust hat sich aber auf die Dauer noch nicht stärker erwiesen, als die Gesetze der ökonomischen Entwicklung. Das in diesen Gebieten wirtschaftlich zweifellos stärkere China wird es sicherlich verstehen, dieser Art von „Kapitalismus“ in Turkestan eine zweite Mandschurei zu bereiten.

Politische Uebersicht.

Kommunale Wahlrechtsdrüber.

Die Furcht vor der Sozialdemokratie treibt das Bürgerium von einem reaktionären Streich zum anderen. Mit dem Anwachsen der organisierten Arbeiterarmee geraten immer mehr Positionen des Bürgeriums, die der Förderung seiner Macht- und Wirtschaftsinteressen dienen, ins Wanken, und da es längst auf den ernstlichen Kampf mit geliftigen Waffen verzichtet gelernt hat, weiß es sich in solchen Situationen nicht mehr anders zu helfen, als durch die Anwendung der Gewalt. In dem schleswig-holsteinischen Städtchen P i n n e b e r g ist man im Zeitraum von wenigen Jahren jetzt schon zum zweiten Mal dazu geschritten, durch Wahlrechtsverschlechterungen die Arbeiterschaft um die ihr zustehende Vertretung in der kommunalen Körperschaft zu pressen. Am letzten Donnerstag begründete der Bürgermeister der Stadt einen Magistratsantrag auf Abänderung des Ortsstatuts, der darauf hinausläuft, Hunderte von Arbeitern um das kommunale Wahlrecht zu bringen. Er erklärte kurz und bündig, bei Aufstellung der Bürgerrolle habe sich ergeben, daß ein sehr großer Zuwachs zu verzeichnen sei, und dieser hauptsächlich der Sozialdemokratie zufallen werde. Daher sei es leicht möglich, daß die Bürgerlichen nicht mehr ihre Kandidaten durchbringen könnten, das hätten schon die letzten Wahlen gezeigt. Er richtete die Mahnung an die bürgerlichen Vertreter, daß sie jetzt noch die Macht in Händen hätten, diese auszunutzen und statt 1050 Markt 1500 Markt zu setzen, da sonst bei der nächsten Wahl der vierte und im folgenden Jahre der fünfte und sechste Vertreter dieser Partei gewählt würden. Er wolle wohl den Arbeitern eine Vertretung gönnen, sie aber nicht zur Macht kommen lassen. Diese rücksichtslos den Machtstandpunkt betonende „Begründung“ war den bürgerlichen Vertretern völlig genügend. Sie hielten es nicht für notwendig, auch nur mit einem Wort auf die scharfe Kritik ihres Verhaltens durch unseren Redner zu antworten, und stimmten dem Entschuldigungsantrag glatt zu. Wozu sich auch noch in geistige Unkosten stürzen, wenn man die Macht in Händen hat! Das sind aber dann die Lügenbeutel, die sich über den „Machtstandpunkt“ der Sozialdemokraten in den Kranken kassen schaukelten!

Der Abstimmungschwindel der Konservativen

bei der letzten Wahlrechtsdebatte im preussischen Abgeordnetenhaus wird neuerdings wieder von der Junkerpresse sehr eifrig zu verteidigen versucht. So stellt die „Deutsche Tageszeitung“ zur Rechtfertigung dieses Schwindels vier Thesen auf, von denen die erste und hauptsächlichste lautet:

Es hat sich bei dem Antrage der Nationalliberalen, gegen den die Konservativen stimmten, darum gehandelt, dem freilichigen Antrage eine Gestalt zu geben, in welcher er eine Mehrheit haben könnte. Das lag in keiner Weise, weder faktisch noch sachlich im Sinne der Konservativen, die durch ihre grundsätzliche Ueberzeugung in der Wahlrechtsfrage die mehr verpflichteten waren, eine Annahme des Antrags, gleichviel in welcher Form oder Abmildung, nach Möglichkeit zu verhindern.

Wie erinnerlich, hatten die Fortschrittler einen Antrag auf Einführung des gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts gestellt, die Nationalliberalen aber, als Anhänger des Pluralwahlrechts, beantragten das Wort „gleich“ zu streichen. Gätten die Konservativen nach ihrer Ueberzeugung und nicht mit taktischer Hinterreppenabsicht gestimmt, so hätten sie als Gegner des gleichen Wahlrechts selbstverständlich für den nationalliberalen Antrag auf Streichung stimmen müssen. Sie fürchteten aber, und zwar mit Recht, daß sich sodann eine starke Mehrheit auf die positive Forderung des geheimen und direkten Wahlrechts einigen werde, und um diese Mehrheit an der Aeußerung ihres Willens zu hindern, führten sie eine richtige parlamentarische Kasperlekomödie auf: sie stimmten für die Beibehaltung des gleichen Wahlrechts im fortgeschrittenen Lager, nicht um dieses Wahlrecht zu fördern, sondern um es desto sicherer nebst dem geheimen, direkten Wahlverfahren um die Ecke zu bringen. In der gleichen ebenen Absicht hatte ja auch der Junker Oldenburg von Zanzschau im Ausschuss für die Verfassung von Eilsah-Lothringen der Einführung des gleichen Wahlrechts zugestimmt, das alte Kind dachte nämlich, damit sei die

Vorlage endgültig geschickt und freute sich darüber königlich.

Eine gleiche Enttäuschung wie Herr v. Oldenburg in der Reichstagskommission hätten die Konservativen auch im Dreiklassenhaus erleben können, wenn die Nationalliberalen angelehrt des wahrhaft bürgerlichen Treibens der Gedebantenleute für den fortschrittlichen Antrag mit dem gleichen Wahlrecht gestimmt hätten.

Das steht nun einmal fest und daran läßt sich nicht mehr rütteln. In der wichtigsten Frage der Gegenwart treibt die Sozialdemokratie positive Reformarbeit, die Konservativen aber gehen in der starren Regation bis zur mutwilligen Störung jeder parlamentarischen Ordnung.

Eine faule Gründung des Bundes der Landwirte. Die bühlerische Presse hat vor wenigen Tagen mit höchst verdächtigem Eifer bestritten, daß der Bund der Landwirte Handels-Geschäfte macht.

Die Bemühungen des Landbundes, nach dem „bedürftigen“ Vorbild des Zentrums Politik und Geschäft zu verbinden, haben neben vielem anderem zur Gründung der Naturweingewerkschaft in Berlin geführt.

Das Geschäft geht aber herzlich schlecht, wiewohl die nolebenden Agrarier vielfach starke Weinsensimenten sind. Dieser schlechte Geschäftsgang hat nun nach der „Mainbrücke“ folgende Ursache:

Ein beträchtlicher Teil Großgrundbesitzer, namentlich schlesischer Nationalität, benutzt die Weinhandlung als Bankiers. Die Herren, die trotz ihres Reichtums häufig in Bargeldschwierigkeiten sind — was angeht das im Grund und Boden festgelegte Kapital recht erklärlich ist — haben oftmals das Bedürfnis, Wechsel von 20 und 30 000 Mark rasch disponibel zu erhalten.

Jungfer Mutter.

Eine Wiener Dorfgeschichte von Ada Christen.

(Nachdruck verboten.)

17] Alles das war für die Dame geteilt, er wußte, daß sie dort in ihren Affen verborgen trotz der Verbote läte auf jedes Wort und daß die Ganne nur da sei, um neuen Laub umzubringen zu waschen. Jetzt regte sich Horn und Scham wieder in ihm, das dumme Mädel da hatte seinen Jammern gehört, hat ihn auf den Knien gesehen und sein Weib hat geschlafen oder ihn neuerdings verpöthelt. Da trampelte sie schon wieder die Sand zusammen. Auseinander mit den Fingern! Herrgott! was macht das Weib mit ihrer Unfähigkeit aus mir!

da und können den rechten Kundenkreis für die „Naturwein“-Gewerkschaft nicht finden. Dazu kommt aber noch ein anderes, was so ziemlich das Ende der Gesellschaft bedeutet, und was auch ein bezeichnendes Licht auf die verwerfliche Stimmung der „politischen“ Abteilung des Bundes wirft: Man hat den Leitern der Weinabteilung die strikte Weisung gegeben, keine weiteren Mittel in Wein festzulegen, sondern umgekehrt Schritte zu ergreifen, um die bereits festgelegten Summen flüssig zu machen, da man sie im Wahlkampf benötigt.

Trinkt Wein, Milkgärtner, dann halten wir unsere Wahlkreise fest! Für das Branntweintrinken muß dann der Proleten sorgen — und wir leben weiter wie Gott in Frankreich. Und das nennt man „nationale Politik“.

Der Reserveoffizier und der sozialdemokratische Stimmzettel. Die „Mitteldeutsche Zeitung“ nimmt auch ihrerseits Stellung zu der Frage, ob ein Reserveoffizier unter Umständen sozialdemokratisch wählen darf.

Wir nehmen von dieser Kontroverse so ausführlich Kenntnis, weil sie rein formell und so zeigen scheint, wie unsicher und schwankend selbst in Offizierskreisen mit ihren streng und logisch aufgebauten Staats- und Ehrbegriffen die Stellungnahme zur Sozialdemokratie geworden ist.

Das ist offenbar der Anfang vom Ende. Wenn Wilhelm II. mit Nachschuß spricht, Bestmann zu Frank schickt, der Großherzog von Hessen mit Ulrich scherzt — wer kann dann noch einen Reserveoffizier vom sozialdemokratischen Stimmzettel zurückhalten? Die Welt wird mit jedem Tag schlechter.

Ein japanischer Major als Spion? Wie das „Frankfurter Volksblatt“ meldet, wurde auf dem bayerischen Truppenübungsplatz Hammelburg durch einen Wägen ein japanischer Major, der dem Artillerie-Reserve-Regiment zugeordnet ist, dabei ertappt, wie er nachts zwischen 1 und 2 Uhr mit einer Blendlaterne die neuen Rohrrücklaufgeschütze untersuchte.

Deutscher Technikerlag. In den fortgesetzten Verhandlungen der Wanderversammlung des Deutschen Technikerverbandes erhaltete Architekt Kaufmann-Berlin Bericht über „Die 12. Legislaturperiode des Reichstages und die technischen Angestellten“. Der Referent zeigte in längeren Ausführungen, was auf den drei großen Gebieten: Beamtenbeholdung, Arbeitszeit und soziale Versicherung erzielt werden ist und was noch zu erstreben sei, sowie welche Wirkung die Reichsfinanzreform gehabt habe.

füllung ihrer berechtigten Wünsche zur Abwehr der ihnen drohenden wirtschaftlichen Schädigung den Schutz ihrer Berufsorganisation anzureufen. Dieser Schutz ist ihnen seitens der Verbandsleitung in vollem Umfange zugesichert.

Ein interessanter Konflikt in Rostock in Mecklenburg. Es besteht dort das Gesetz, wonach bei Wahlen zum Magistrat dieser der Stadtverordnetenversammlung drei Kandidaten zu präsentieren hat, wovon das Stadtparlament einen erwählen kann.

Die Weisfremdheit der Richter. Wie selbst bürgerliche Kreise die mangelhafte Führung des Richterstandes mit den Erfordernissen des praktischen Lebens unangenehm empfinden, das ergibt sich aus einem Beschlusse des sächsischen Handelskammerorgans.

Die Weisfremdheit der Richter. Wie selbst bürgerliche Kreise die mangelhafte Führung des Richterstandes mit den Erfordernissen des praktischen Lebens unangenehm empfinden, das ergibt sich aus einem Beschlusse des sächsischen Handelskammerorgans.

Von der Reichslosigkeit in Breukelen. Die Bewohner der Gemeinde Ufshlag (Kreis Minden, Hannover), Arbeiter und Kleinbauern, waren der seitherigen Pächterwirtschaft auf dem Gemeindehaue überdrüssig geworden und wählten am 13. April kurzerhand mit großer Mehrheit vier Arbeiter zu Beigeordneten.

Die Bestätigung der in der Gemeindeversammlung zu Ufshlag vom 23. April 1911 zu Beigeordneten gewählten Personen (folgen Namen) wird unter Zustimmung des Kreis-ausschusses auf Grund des § 26 der Landgemeindeordnung und des § 31 der Kreisordnung vom 6. Mai 1884 versagt, weil die Gewählten sich wegen ihrer bewußten Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei zur Wahrnehmung eines obrigkeitlichen Amtes nicht eignen.

75 Prozent der wahlberechtigten Gemeindebürger wählen die vier Arbeiter, weil sie diese für befähigt zur Führung der Gemeindegeschäfte halten, als die bisherige agrarische Verwaltung. Dem Landrat ist dieser Wille der Wähler Lust, für ihn sind Sozialdemokraten milderer Rechts. Es ist unglaublich, wie die Bureaucratie verfährt, aber echt bürgerlich.

Ein interessantes Karriell. In diesen Tagen ist die Firma C. D. Magirus in Ulm in eine Aktiengesellschaft umgewandelt worden. Das Unternehmen befaßt sich mit dem Bau von Militär- und Feuerwehrgewerken, wie Progen, Feldtücher,

„Alles sag mir ... Alles!“
Was sie zu erzählen wußte, erzählte sie ihm, es war wenig genug. Er ließ die letzten Worte seines Weibes immer wiederholen, er jagte sich jede Silbe noch, aber er konnte nichts herausfinden, als daß sie mit einer Lüge ihn und das Kind verlocken wollte.
„Geopol, sei doch ein wenig gelacht“, hat die Ganne, „Ich mach aus, ich mach zu dem Fuden, der Lufsen ist so — Dein Kind ist krank, hörst du?“
„Auch das noch ...“
Er nahm die Lampe und leuchtete dem Mädchen, das für sorglos wie eine Mutter des Kind aufgab.
„Da oben, Geopol, wie der Altkne fieber!“ Mit dem Stiele eines Gefäßes drückte sie die Junge des Knaben nieder und schaute in sein Mündchen. „Ich mein, Du füllst schnell einen Doktor herein, das wäre das Beste“, sagte sie, die Tränen verfließend.
„Warum?“ riefte der Mann gedankenlos, denn das Bild seines Weibes flammte dort auf dem Kamin und er konnte an nichts mehr sonst denken als an sie. Wo, wo, wo ist sie? ... Bei wem? ... bei wem? Herrgott! ... Er konnte nicht weiter fort mit seinen Gedanken, eisig wie ein Stein war es über den Rücken, er nahm das Bild und hielt es an, als ob er es sein Leben lang nicht gesehen hätte. „Bei wem?“ riefte er, und als er sich wieder hob, da sah er sein Gesicht wieder möglich zu arbeiten an. „Wieder!“ jetzt schon ein nichtswürdiges Weib, immer es in seinem Kopfe.
Das Bild glitzerte aus seiner Hand und fiel der ihm nieder, er blühte auf dem Fußboden und als er hinter dem Kamin stand, das ihr Gesicht herausschauen sah, trat er mit dem Kopf nach an, daß die Stühle hinstehen.
„Aber Geopol!“ hat doch Erbarmen mit Deinem Kind, ich kann den Fuden nicht anlassen, das ist die Kränke! Hol den Doktor, das Kind könnte die Nacht erstickt.“
Mit zitternder Hand leuchtete das Bild der Mann nieder und schaute in das kleine Gesicht. Das Mädchen war halb tot und es wehte das Geopol heiß an, als er mit seinem Finger die trockenen Lippen berührte; die Augenlider haben sich langsam, nur die hellen Sterne waren zu sehen, der weiße Körper aber hatte den Mündchen langsam verlor und dann hatte der Altkne das Mündchen einer Leiche, trotz der Fieberhitze.
„Schon war, Geopol, schon!“ riefte die Ganne wieder und legte ihre Hand auf seinen Arm.
Der Mann aber blühte über die Lippen auf die glatte bogen Mündchen nieder. Das kleine Gesicht da lagte sich an seinen Hals, es sah, und er dachte, wie er hätte schon als Kind den ganzen Kränken der Mutter, die großen Schläfer, Mundgeruch auf das Gesicht und sie gebunden und gefesselt herumgetragen, und das war sein Leben, und ihm

ein Freude zu machen ... Und nun steht sie toter da neben ihm und ächzt für sein Kind und verteidigt die nichtswürdige Mutter ... sein Weib.
„Ein nichtswürdiges Weib“, murmelte er in sich, und die Ganne schlug angstvoll die Finger ineinander und brütete ihre Wangen an das heiße Gesicht des Kleinen.
„Geopol, ich bin' dich!“ — oder da, bleib bei ihm, ich hol' den Doktor!“ Sie legte ihm das Kind in den Arm und ließ aus der Stube, ehe er etwas erwidern konnte.
Die Lampe zuckte, flackerte und malte unruhige Schatten an die Wände; eine große Flegel surte immer um das Köpfchen des Knaben, und der Vater konnte sie nicht fassen, nicht verjagen, er blies nach ihr, doch sie ließ sich nicht vertreiben. Das Summen und Kreischen des Tieres erlöschte ihn, denn es machte seinen weinwunden Kopf wieder wirblicher, und das Kind lag wie ein Stück Blei in seinem Arm, der keine Körper strömte eine süßbare Hitze aus. Jetzt zuckte und knisterte die Lampe, sie mußte bald erlöschen, ein beneidlicher Geruch zog durch die Stube und verlegte ihm schwer den Atem, langsam schliefte er sich auf und nieder und wegte seinen Rücken, der recht lammervoll abhinkte. Niemals war dem Geopol das altbekannte liebe Gemach so leer und fremd gewesen, selbst als seine Eltern tot waren und er da allein hauste, war es freundlicher; aber heute! ... Es sah aus, als ob sich die Decke gelöst hätte, in als ob sie sogar jetzt noch Zoll um Zoll herabrückte, und da bei war es zum Ersticken schweiß und beängstigend ... Das erbebende Licht warf nur mehr einen fingerbreiten Streifen über den Tisch, das ganze Gemach lag in schwarzer Dunkelheit. Die Finsternis bewirkte den erregten Mann noch mehr, er wollte das Fenster öffnen, darum legte er den Knaben auf sein Bett. ... Oh! ... Das ist ja nicht das Seine, er hatte sich nur so hingelassen in der Finsternis, das ist ihr Lager ... sie hatte die weichen Stellen, und da, wo ihr schöner Kopf ruhte, da roch es immer so frisch von ihren Haaren, als ob man den jatten Flammbuß eines jungen Hundes einatmen würde. Die Liebe er dieses rote, gesunde, lustende Haar ... und da, freilich, da lag ihr Kopfchen und es grütelte ihn zwischen die Finger und er ließ sein glühendes Gesicht darauf fallen ...
Nun wirklich die Zimmerdecke langsam herab, herab gedrückt durch eine unsichtbare Hand, die aber schon freilich? ... Schreie sein Kind so heiser und heiser so bellend? ... Wahrhaftig! Da hatte er mit einem Male seinen wahren Kern wieder ... Drüben in der großen Wälsche spielen die Kinder im Walde, den er mit seinem jungen Weibe speien gelangt hatte, Donnerstags? ... Das! das ist mein Weib, als er heute ertragen kann ... Was ein Glas Wein?
(Fortsetzung folgt.)

B. Durra, ...

Erscheint 3mal wöchentl.

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Den Lesern bei Einkäufen empfehlen.

Stadthauskeller ...

Abzahlungsgeschäfte ...

Radfahrer, Nähmaschinen ...

Schattmann, Oster ...

Hygienische Artikel, Gummwaren aller Art.

Fuhrmann, Oster ...

Resthandlungen ...

Bilz-Sinalco ...

Fahrräder, Nähmaschinen ...

Homann, Wilhelm ...

Herren-Artikel ...

Möbel-Magazine ...

Putz, Modes ...

Bäckereien und Konditoreien ...

Färberei u. Wäscherei ...

Friseur und Barbier ...

Kinderwagen ...

Nähmaschinen ...

Cichon, Rich ...

Fischer, Ernst ...

Fische u. Delikatessen ...

Garderobe ...

Kinematographen ...

Musik-Instrumente ...

Sargmagazine ...

Bandagisten ...

Fleischerei u. Wurstfabriken ...

Galanterie und Spielwaren ...

Kleiderstoffe, Seidenwaren ...

Optiker ...

Schirme, Stöcke ...

Badematten ...

Färber u. Wäscher ...

Graben- u. Türschilder ...

Kolonialwaren ...

Papier- und Schreibwaren ...

Schneiderei-Artikel ...

Berufskleidung ...

Grobwaren ...

Grab- und Türschilder ...

Kohlen u. Briketts ...

Parfwaren- und Resthaus ...

Schneider- u. Schuhmacher ...

Bier-Braueren ...

Handarbeiten ...

Grammophon, Sprechmaschinen ...

Kunstmaler ...

Pfandleihen u. Gelegenheitskäufe ...

Schuhwaren ...

Brauereien ...

Haus- u. Küchengeräte ...

Hängelampen, Tischlampen etc. ...

Herren-Garderobe ...

Photographische Ateliers ...

Seifengeschäfte ...

Genossenschaftsbauereien ...

Hauschild Ad ...

Höchstzeitsachenke ...

Herren-Kleidung ...

Photographische Bedarfsartikel ...

Seifen ...

Handarbeiten ...

Hausarbeiten ...

Hochzeitsgeschenke ...

Herren-Kleidung ...

Photographische Bedarfsartikel ...

Seifen ...

Handarbeiten ...

Hausarbeiten ...

Hochzeitsgeschenke ...

Herren-Kleidung ...

Photographische Bedarfsartikel ...

Seifen ...

Handarbeiten ...

Hausarbeiten ...

Hochzeitsgeschenke ...

Herren-Kleidung ...

Photographische Bedarfsartikel ...

Seifen ...

Handarbeiten ...

Hausarbeiten ...

Hochzeitsgeschenke ...

Herren-Kleidung ...

Photographische Bedarfsartikel ...

Seifen ...

Handarbeiten ...

Hausarbeiten ...

Hochzeitsgeschenke ...

Herren-Kleidung ...

Photographische Bedarfsartikel ...

Seifen ...

Handarbeiten ...

Hausarbeiten ...

Hochzeitsgeschenke ...

Herren-Kleidung ...

Photographische Bedarfsartikel ...

Seifen ...

Das Zentrum als Lügenhafterbursche.

Der „Fortschritt“, das bayerische jungliberale Wochenblatt, ist in der Lage, ein Zentrumsflugblatt zu veröffentlichen, das bei der nächsten Landtagswahl im Sommer vorigen Jahres verbreitet worden ist. Dies Flugblatt ist ein Muster-

beispiel für die unglaubliche Verlogenheit der Zentrums-Agitation. Es ist in der Buchdruckerei L. Fiedel in Schrobenhausen, dem Verlage des „Schrobenhausener Wochenblattes“, gedruckt und hat folgenden Wortlaut:

Auf zur Wahl für den Zentrumsmann Mich. Melchner!

Nieder mit dem volksfeindlichen Liberalismus!

Wähler! Sind die Steuerlasten im Reich und in Bayern gerecht verteilt? **Nein!**

Wer macht die Landes- und Reichssteuer
 Wer herrscht im Reichstage?
 Wer herrscht in Bayern?
 Wer ist schuld an der schlimmen Bierverteuerung?
 Wer hat die Tabakpreise durch die Steuer erhöht?
 Wer hat den Kaffee und Tee verteuert?
 Wer hat sogar die Steuer auf die Bündhölzer eingeführt?
 Wer wird mit solchen Steuern am meisten belastet?
 Wen hätte dagegen die Erbschaftsteuer von 20.000 Mark ange-

 Wer hat den Mittelstand und den Bauernstand durch Ablehnung
 der Erbschaftsteuer geschont?
 Wer hat vor der letzten Reichstagswahl versprochen, gegen jede
 Erhöhung der indirekten Steuern zu stimmen?
 Wer hat sein Wort gebrochen?

Der Landtag und der Reichstag. Zum Schuldenmachen ist da
 der **Pottentottenblock** (fortschrittliche Volkspartei),
 Nicht das Zentrum.
 Die liberale Regierung, der liberale Reichsrat, nicht das Zentrum.
 Die liberalen und die anderen Parteien mit.

Wer hat gegen die indirekten Steuern gestimmt?
 Wer hat seine Versprechungen jederzeit gehalten und das Wohl
 des Volkes doch am meisten gewahrt?
 Wer steht in Bayern einer vollständigen Steuerreform hinderlich
 entgegen?
 Wer hat die Reichsratskammer durch Vertreter der Großstädte
 und Universitäten, statt durch Vertreter des kleinen und
 mittleren Bauernstandes, der Gewerbetreibenden und Arbeiter
liberal und deshalb volksfeindlich gemacht?
 Warum will die fortschrittliche Volkspartei, also die Liberalen
 den Proporz?
 Wer hat seit Jahrzehnten die Beseitigung der alten ungerechten
 Steuern gefordert?

Wer am meisten trinkt und raucht.
 Den Mittelstand und die Bauern.
Das Zentrum.
 Die Liberalen mit der verschämten fortschrittlichen Volkspartei.
 Die Liberalen.

Wem darf man keinen Glauben mehr schenken? Den Liberalen.

Wer will eine gesunde Steuerreform?
 Wer fordert die Vermögenssteuer?
 Wer will eine durchgehende Reform der Reichsratskammer?
 Wer will ein **gerechtes** Wahlgesetz?
 Wer hat stets die Geschäftsleute geschützt?
 Wer hat die höhere Besteuerung der Warenhäuser, der Filial-
 geschäfte, welche den kleinen Geschäftsmann erwürgen, ver-
 anlaßt?
 Wer tritt täglich für die Geschäftsleute ein?

Nicht die fortschr. Volkspartei. (Siehe Dr. Müller, Dr. Wiemer
 u. dgl.)
**Häufiglich nicht die fortschrittliche Volkspartei, sondern das
 Zentrum.**
 Die Reichsratskammer, die Regierung und die Liberalen.

Wer hat aber dagegen gestimmt, daß den Gemeinden das Recht
 gegeben wird, die Wandlerlager zu verbieten, wodurch die orts-
 ansässigen Geschäftsleute ruiniert werden?

Die fortschrittliche Volkspartei.
 Damit das flache Land, die Bauern und der Mittelstand durch
 die Großstädte unterdrückt und tot gewühlt werden.

Wer kann das widerlegen?

Das bringt nicht der Demokrat Dr. Quibbe, nicht der Durchfallskandidat Dr. Fischer-Landsberg, auch nicht die Sozi fertig.
Infame liberale Lüge ist es, zu behaupten: die fortschrittliche Volkspartei will den Geistlichen nicht aus der Schule haben.
 Die Führer und Abgeordneten dieser **Heuchler** verlangen es im Landtag offen und energisch. Auf dem Lande, zu Wahlzeiten
 spielt man den **Frommen?** O, diese **Heuchler!**

**Das Zentrum; eine fortschrittliche Volkspartei hat es nicht
 gegeben.**
Das Zentrum.
Das Zentrum.
Das Zentrum.
Das Zentrum.
Das Zentrum.

Wir verlangen:

Gebet Gott, was Gottes ist, tun es aber auch.
 Dem Kaiser, was des Kaisers ist, geben ihm auch das und dann schimpfen die Liberalen darüber.
 Die Religion gehört in die Schule, also auch der Geistliche, nicht bloß zum Religionsunterricht.

Wer will, daß die **Macht des volksfeindlichen Liberalismus** endlich, endlich einmal gebrochen wird, wer will, daß
 ein selbständiger, gut bayerischer und gut deutsch gesinnter Mann als **echter Volksvertreter** im Landtag einzieht, der
 wähle den **Volksmann**

Michael Melchner.

Jahrzehntelang verspricht der Liberalismus und sein Versprechen hat er nie gehalten. Sein Erbe, die
 fortschrittliche Volkspartei, hat denselben Charakter, dieselben Vertreter; er schämt sich seines bisherigen Namens.
 Glaubt ihr solchen **Bauerntäufelern**, die jetzt ihr **volksfreundliches** Herz wieder einmal entdecken? **Helft euch
 selbst! Wählt den Vertreter der bewährten Volkspartei!**

Michael Melchner.

Wir haben das Flugblatt wortwörtlich wiedergegeben, um unseren Lesern zu zeigen, wie weit die Unverschämtheit dieser Frömmeler geht, wo man sich der Kontrolle der Öffentlichkeit nicht so unterworfen fühlt. Die Ausstellung des Herrn Friedrich in Düsseldorf, der zugleich Mitglied des agrarischen Zentrums und des antilagrarischen Hanfabundes

ist, liegt auf demselben Felde. Aber das obige Flugblatt erreicht doch den Gipfel der Unverschämtheit. Unsere wahre Meinung dazu auf das Papier niederzuschreiben, würde sich nicht hübsch ausnehmen, wir überlassen es unseren Lesern, je nach ihrem Temperament den richtigen Ausdruck dafür zu finden.

5. Verbandstag der Stukkateure.

k. Dresden, 19. Juli.

Dritter Verhandlungstag.

Die Debatte über die Verschmelzungsfrage wird fortgesetzt. Langer-Dresden untersuchte die Frage: Sind wir in Zukunft in der Lage, die Mittel aufzubringen, die für die weiteren Kämpfe nötig sind? Er kommt zu dem Schlusse, daß die Stukkateure bei einer Angleterung an den Deutschen Bauarbeiterverband aktionsfähig sind. Die Verhältnisse zwängen zum Anschluß. Mit Kaploms Ausführungen kann man nur einverstanden sein. Freilich, bei der Angleterung müssen wir volle Aktionsfreiheit verlangen. — Schneider-Hamburg: Die Einführung der Erwerblosenunterstützung ist für uns ebenso wertvoll wie die Angleterung und diese will ja der Deutsche Bauarbeiterverband nicht gewähren. Unser Verband hat bewiesen, daß er ganz gut selbst bestehen kann und er wird auch künftig die Kämpfe selbst führen können. Ueber die Angleterung muß eine Urabstimmung entscheiden. — Gagen-Leipzig: Können die Stukkateure sich auf die Dauer des Anschlusses wehren? Können wir uns dem Ent-

wicklungsprozess auf die Dauer widersetzen? Ich muß beide Fragen verneinen. Wir sind nicht in der Lage, uns diesem Prozess zu widersetzen, sonst werden wir schließlich zerrissen. Die wirtschaftliche Entwicklung zwingt zum Anschluß. Lassen Sie sich bei der Abstimmung nicht von lokalen Absonnerern leiten, die höheren Gesichtspunkte müssen ausschlaggebend sein. — Weiser-Nürnberg: Die Kollegen in meinem Bezirk sind sehr schlecht für eine Verschmelzung zu gewinnen. Die Mitglieder wollen die Erwerblosenunterstützung, die können wir nicht fallen lassen. Kommt es zur Angleterung, kann diese nicht so rasch erfolgen, man muß uns noch einige Vertragsperioden gewähren. — Kleiner-Suttgart: Die Stuttgarter Kollegen können sich für den Anschluß nicht erwärmen. Die Streitigkeiten mit den Maurern würden auch durch die Angleterung nicht beseitigt. Die Erklärungen des Deutschen Bauarbeiterverbandes auf die Forderungen der Stukkateure bestritten ihn nicht. Die Aktionsfreiheit würde dadurch nicht garantiert, sondern durch die Bestimmungen der Stukkateure die Schlinge um den Hals gelegt. Bei einer Verschmelzung haben wir nichts mehr zu sagen, darum bleiben wir für uns.

Faepow-Sandburg, Vertreter des D. B. B., stellt einige Bemerkungen des Vorredners richtig. Er habe nicht die

Aufgabe, die Stukkateure zur Angleterung zu überreden. Wir brauchen die Stukkateure nicht, es ist ganz gleich, ob der D. B. B. 300.000 oder 310.000 Mitglieder zählt. Und über die 300.000 wird er auch ohne die Stukkateure kommen. — Die eine Sache ist, daß die Arbeiter durch den Anschluß auch Nutzen haben, daß die Gefahr, daß sie von den Maurern erdrückt werden, sobald sie irgend eine Frage zur Sprache bringen, beseitigt wird. Wenn Sie glauben, daß Sie kein Interesse an der Angleterung haben — dann lassen Sie diese. Glauben Sie sich aber vor Augen, daß eine Zeit kommen kann, in der Sie gehen müssen, ohne Gewährung von besonderen Rechten sich anzugliedern.

Kadde-Düsseldorf tritt warm für die Angleterung ein, die eine Notwendigkeit sei. Der Anschluß solle aber nicht durch Urabstimmung, sondern durch den Verbandstag entschieden werden. Dann ist es erst möglich, die Frage der Erwerblosenunterstützung zu regeln. Beschließen wir die Angleterung, so wird im Interesse beider Teile sein.

An der weiteren Debatte beteiligten sich noch eine ganze Reihe Delegierter. Mit mehr oder weniger Leidenschaft wurde das Für und Wider erörtert. Man darf wohl sagen, daß die besten Gründe zur Vertretung ihres Standpunktes nicht von den Gegnern des Anschlusses vorgebracht wurden. Ihr wichtigster Gegenstand ist wohl, daß sie befürchten, durch die Angleterung bei Lohnkämpfen nicht mehr das zu erreichen, was sie bisher allein erreicht haben. Der größte Teil der Redner trat auch für die Angleterung ein. Mit wenigen Ausnahmen bekämpften alle Freunde und Gegner der Verschmelzung, daß eine Urabstimmung die Entscheidung fällen soll. — Der Vertreter der Generalkommission, Knoll-Verlän, plädierte ebenfalls für den Anschluß an den D. B. B. und polemisierte in längeren Rede gegen Ausführungen der Gegner der Angleterung. Bei dem Anschluß könne die Agitation viel intensiver entfaltet werden, da mehr Agitatoren zur Verfügung ständen. Die Arbeitslosenunterstützung, bittet Redner, solle man ablehnen, weil ihre Einführung ein Hemmnis für den Ausbau der Organisation (Angleterung) bilde.

Die Debatte zog sich den ganzen Tag hin. Es sprachen nicht weniger als 40 Redner. Dann wurden die Verhandlungen abgebrochen.

Arbeiterbewegung.

Lohnbewegung der in den Berliner Eisenwerke beschäftigten Former und Gießerarbeiten.

Eine Lohnbewegung in den Berliner Eisenwerken ist jedenfalls ein Ereignis von unabsehbarer Tragweite. Erstens ist es die Zahl der in den Berliner Eisenwerken Beschäftigten, ca. 4000, schon erheblich und dann hängt von den Eisenwerken die Möglichkeit für viele andere Betriebe ab, arbeiten zu können. Die Gießerarbeiten Berlins sind die eigentlichen Begründer des Landes der Berliner Metallindustriellen, dessen Vorsitzender, Kommerzienrat Kühnemann, für den Verband in dem Namen „Kühnemännerverband“ gab.

Später war es vielfach üblich, daß man den schärfsten Terrorismus der Arbeitgeberorganisation im allgemeinen mit dem Namen „Kühnemänner“ belegte. Im Laufe der Jahre hat sich aber vieles geändert; der vom seinerzeitigen Vorsitzenden Kühnemann beliebte Ton, sowie die schroff ablehnende Haltung gegenüber Arbeiterorganisationen wird heute nicht mehr eingenommen. Worauf das zurückzuführen ist, läßt sich nur mutmaßen, doch soll das im Augenblick nicht erörtert werden. Tatsache ist, daß heute Differenzen in der Berliner Metallindustrie häufig durch Verhandlungen von Organisation zu Organisation erledigt werden. Ob für die jetzt eingeleitete Lohnbewegung der Former und Gießerarbeiten auf dem Verhandlungswege eine Einleitung möglich ist, wird sich in den nächsten Tagen zeigen.

Die aufgestellten Forderungen sind dem Verband Berliner Metallindustrieller gestellt mit dem Ersuchen, hierüber mit dem Metallarbeiterverband in Verhandlung zu treten. Die Höhe der eingereichten Forderungen kann kein Hindernis sein.

Es wird gefordert:

1. Die tägliche Arbeitszeit beträgt neun Stunden, Sonnabends ist eine Stunde früher Feierabend.
2. Die Betriebsanrichtungen sind so zu treffen, daß zu dem in der Fabrikordnung festgesetzten Stunde die Arbeit beendet ist für die von der Betriebsleitung angeordneten Überstunden wird der Lohn- sowie Akkordarbeitern ein 25prozentiger Zuschlag zu dem vereinbarten Stundenlohn bezahlt.
3. Es wird mit jedem in der Gießerei beschäftigten Arbeiter ein feiner Leistungsentsprecher Stundenlohn vereinbart, der bei der Akkordarbeit garantiert wird. Dieser Stundenlohn darf nicht unter dem Einstellungslohn betragen.

Der Einstellungslohn beträgt:

- für Former nicht unter 0,75 M.
- „ Maschinenformer und angeleitete Hand-
former nicht unter 0,70 „
- „ Kernmacher nicht unter 0,70 „
- „ Kernmacherinnen nicht unter 0,55 „
- „ Fußer und Schleifer nicht unter 0,70 „
- „ Schmelzer nicht unter 0,60 „
- „ Hilfsarbeiter nicht unter 0,45 „

Für Jungausgelernte in den ersten beiden Jahren nach beendeter Lehrzeit, sowie Maschinenformer, angeleitete Handformer, Kernmacher, Fußer und Schleifer, welche noch nicht 3 Jahre im Beruf gearbeitet haben, kann der Stundenlohn um 10 Prozent niedriger sein.

4. Ist der Akkordarbeiter durch Verschulden des Arbeitgebers an seiner Wetterarbeit verhindert, so ist diese Zeit, wenn dieselbe mehr als eine halbe Stunde beträgt, zu dem vereinbarten Stundenlohn zu bezahlen.

5. Bei Uebergabe von Akkordarbeiten ist dem Arbeiter sofort ein Akkordzettel, auf welchem der Akkordpreis wie Stückzahl und Stigma verzeichnet ist, zu übergeben.

Ohne diesen Akkordzettel sollen Akkordarbeiten nicht ausgegeben werden. Geschieht es dennoch und entstehen dem Arbeiter Unannehmlichkeiten über den Akkordpreis, so ist dem Arbeiter sein Durchschnittsakordverdienst zu bezahlen. Soweit der neue Arbeiter eine Einigung über den Akkordpreis nicht erreicht wird, ist die zur endgültigen Festsetzung des neuen Akkordpreises der bisherige Durchschnittsverdienst des betreffenden Arbeiters zu garantieren. — Änderungen der bisherigen Akkordpreise dürfen nur nach vorheriger Verständigung mit den Arbeitern vorgenommen werden.

Erreicht bei Akkordarbeit der Arbeiter ohne sein Verschulden den für ihn festgesetzten Stundenlohn nicht, so ist demselben bei Ablauf der Lohnperiode mindestens der mit demselben vereinbarte Stundenlohn auszubehalten.

6. Bei vorkommendem Ausfall ist dem Akkordarbeiter der volle Akkordpreis auszubezahlen. Ausgenommen hiervon sind solche Fälle, bei welchen dem Akkordarbeiter großes Verschulden nachgewiesen wird.

Zur Regelung der Entscheidung darüber, ob großes Verschulden vorliegt, wird in jeder Gießerei eine aus sachverständigen Arbeitern und Vertretern der Firma paritätisch zusammengesetzte Kommission gebildet. Bei Meinungsverschiedenheiten in der Kommission über die Ursachen des Ausfalls wird für die auf das betreffende Stück verwendete Zeit der vereinbarte Stundenlohn bezahlt.

